

Clinton Enoch/Martina Pohl

Europäische und nationale Strategien zur Umsetzung der lebensbegleitenden Beratung in Bildung, Beruf und Beschäftigung



Dr. des Clinton Enoch
Universität Heidelberg
IBW Institut für
Bildungswissenschaft,
Arbeitseinheit Weiter-
bildung und Beratung,
Akademiestr. 3,
69117 Heidelberg
enoch@ibw.uni-
heidelberg.de



Dipl.-Päd. Martina Pohl
ist wissenschaftliche
Mitarbeiterin am
Institut für Bildungs-
wissenschaft der Rup-
recht-Karls-Universität
Heidelberg. Arbeits-
schwerpunkte: Beratung
in Bildung, Beruf und
Beschäftigung, Quali-
tätsentwicklung, Le-
benslanges Lernen.
Dipl.-Päd. Martina Pohl
Universität Heidelberg
IBW Institut für Bil-
dungswissenschaft,
Arbeitseinheit Weiter-
bildung und Beratung,
Akademiestr. 3,
69117 Heidelberg
pohl@ibw.uni-
heidelberg.de

In den letzten Jahren wurden zahlreiche Anstrengungen unternommen, um Bildungsberatung als wichtige Dimension der Bildungspolitik in der EU sowie in den einzelnen Mitgliedstaaten aufzubauen und zu professionalisieren. Trotz höchst unterschiedlicher Ausgangsbedingungen, historischer Entwicklungen und institutioneller Strukturen ist ein dynamischer Prozess in Gang gekommen, der zu einer Reform bestehender Strukturen lebensbegleitender Beratung geführt hat. Die europäische Politik stützt sich auf zahlreiche EU-Grundsatzpapiere, die vornehmlich in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren formuliert worden sind. Nun werden sukzessive einzelne Maßnahmen auf Ebene der Nationalstaaten umgesetzt. Im Folgenden wird zuerst die jüngere europäische Debatte und anschließend die Situation in Deutschland entlang der historischen Entwicklung nachgezeichnet.

Die europäische Diskussion

Eine Ordnung und Nachzeichnung der europäischen Diskussion fällt schwer, da in kurzem Zeitabstand sehr viele wichtige EU-Papiere veröffentlicht wurden. Eine kurze Durchsicht zeigt jedoch eine wechselseitige Abhängigkeit und Abstimmung vieler wichtiger Punkte, sodass man sich auf zentrale Momente konzentrieren kann. Zwei wichtige bildungspolitische Ereignisse stechen hervor und beeinflussen bis heute die Diskussion: die Lissabon-Strategie sowie das EU-Memorandum zum lebenslangen Lernen.

In der Lissabon-Strategie wurden im Jahr 2000 allgemein wirtschaftliche Leitlinien formuliert, die zum Ziel hatten und haben, Europa bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten, wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen. Für die gesamteuropäische Bildungspolitik, die zeitgleich verhandelt wurde, bedeutete Lissabon die stärkere Betonung wirtschaftlicher Faktoren und der Wettbewerbsfähigkeit. Die Ausrichtung auf Teilhabe, Ressourcenförderung und Aktivierung des Einzelnen bildet auch den Kern des zeitgleich veröffentlichten EU-Memorandums zum lebenslangen Lernen (EU 2000). In der fünften Botschaft „Umdenken in Berufsberatung und Berufsorientierung“ (EU 2000, S. 19) wird betont, dass die lokale Erreichbarkeit der Beratungsangebote und ihre Einbettung in kommunale Strukturen ausgebaut werden sollen. Das Memorandum betont die Verantwortlichkeit des öffentlichen Sektors zur Durchsetzung von Mindestanforderungen, um qualitativ hochwertige Beratungsdienstleistungen anzubieten (EU 2000, S. 20).

Nach dieser ersten ernsthaften Politikstrategie zur Beratung folgten in verschiedenen Studien der OECD und der Weltbank (exemplarisch Watts/ Sultana 2003, OECD 2004a, zusammenfassend Schober 2007) komplexe Strukturanalysen zu den Beratungssystemen der einzelnen Länder. Zentrales Ergebnis dieser Studien ist die Erkenntnis, dass eine Heterogenität der Strukturen und große Spannweite der Entwicklungsstände besteht. Die Empfehlungen stützen sich u.a. auf folgende Punkte: Die Einrichtung altersübergreifender und berufsgleitender Beratung, die Einbindung von Beratungskonzepten in Schulcurricula, leichtere Zugangsmöglichkeiten, einheitliche europäische Qualitäts- und Ausbildungsstandards. In den Studien wird wiederum die Verantwortlichkeit des Staates beim Aufbau und der Schaffung transparenter Rahmenbedingungen betont. Zwar geht man nicht so weit, eine Angleichung der Strukturen in Europa zu empfehlen, jedoch ist die langfristig angelegte Politik gleichwohl auf ein „Best-Practice“-Modell orientiert. Ziel ist, trotz unterschiedlicher Strukturen ein in allen Ländern funktionierendes System lebensbegleitender Beratung auf- und ggf. auszubauen.

Neben den Studien sind ferner die EU-Ratsentschlüsse von 2004 und 2008 zu nennen (EU-Rat 2004, EU-Rat 2008). Die in den Entschlüssen festgelegten Prioritäten beziehen sich sowohl auf die Entwicklung eines hochwertigen Beratungsangebotes, zudem auf die Optimierung von Sicherungsmechanismen für die Qualität von Beratungsdienstleistungen, als auch auf die Stärkung von Strukturen der Politik und der Systeme auf regionaler und nationaler Ebene. Die EU-Ratsentschlüsse verleihen dem Prozess eine verbindlichere politische Note, zeigen Entwicklungsmöglichkeiten auf und betonen stärker die Förderung von Fähigkeiten der einzelnen Bürgerinnen und Bürger zur Gestaltung individueller Berufswege in jedem Alter.

Zeitgleich sind Aktivitäten gestartet worden, die stärker operativer Art sind. So wurde ein Handbuch zur Berufsberatung für politisch Verantwortliche veröffentlicht (OECD 2004b), das konkrete Vorschläge unterbreitet, lebenslaufbezogene Beratungsleistungen an Systemübergängen (z.B. Schule – Beruf, Arbeitslosigkeit – Beruf) zu optimieren. In diesem Zusammenhang ist zudem das ELGPN (European Lifelong Guidance Policy Network) zu nennen. Dieses politikberatende Gremium wurde 2007 von den Mitgliedstaaten der EU gegründet und soll den Entwicklungsprozess durch Austausch, Forschung und Konzeptentwicklung unterstützen. Die deutschen Interessen werden in diesem Netzwerk durch Repräsentanten des Bundesministeriums für Bildung und

Forschung, der Kultusministerkonferenz sowie des Nationalen Forums Beratung e.V. vertreten.

Einschätzung der EU-Politik

Interessant an der EU-Politik ist die Orientierung an einheitlichen Zielvorgaben, Standards und Benchmarks. Durch das Fehlen der Möglichkeit, direkt auf die legislative Ebene einzuwirken, setzen die EU-Politik und die EU-Behörden auf eine „Soft-Law“-Strategie, die die einzelnen Länder zur Mitarbeit und zu Handlungen lediglich durch Rahmenvorgaben und eine Förderprogrammatische verpflichtet (Grotluschen/Haberzeth/Krug 2009, S. 351). Die Entwicklung des lebensbegleitenden Beratungskontextes ist insgesamt von der „Methode der offenen Koordinierung“ (MOK) gekennzeichnet (ebd.). Die Soft-Law-Strategie der offenen Koordinierung der Europäischen Union steht im Spannungsverhältnis des seit Jahrzehnten in Deutschland tradierten Subsidiaritätsprinzips, das durch die Aushandlung verschiedener Interessengruppen gekennzeichnet war. Die politische Steuerung durch Förderstrukturen setzt auf den Aufbau eines latenten Handlungsdrucks auf nationaler Ebene, der finanziellen Unterstützung von EU-Programmen für alle Ebenen der Bildungs- und Beschäftigungsförderung sowie die Entstehung einer „Diskurs-Gemeinschaft“, bestehend aus Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft.

Die deutsche Diskussion

Die Situation in Deutschland ist mit der europäischen Entwicklung synchronisiert und eng verzahnt. Im Folgenden werden ausgewählte Stationen dieser Entwicklung des öffentlichen Beratungswesens aufgegriffen.

Ähnlich wie auf gesamteuropäischer Ebene haben Studien eine wichtige Funktion.

In der vom BMBF beauftragten Untersuchung von Ramboll Management wurde eine umfassende Bestandsaufnahme der Strukturen der Beratungslandschaft durchgeführt. Die Studie analysierte u.a. Anbieter, Zielgruppen, Anlässe, Methoden, rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen. Der Forschungsauftrag bezog sich des Weiteren auf Empfehlungen zur Qualität und Qualitätssicherung, die in Form von Standards und Qualitätsprofilen erarbeitet wurden (BMBF 2007).

Eine zweite wichtige Studie wurde von Schiersmann u.a. vorgelegt, die stärker den Aspekt der Kompetenzentwicklung von Beratungsfachkräften beleuchtet. Grundlage bildete ein internationaler und intersektoraler Vergleich von Kompetenzkatalogen

und Qualitätsstandards von Beratung. Alle diese Kataloge haben die Professionalisierung des Beratungsfeldes zum Ziel. Ferner beschäftigt sich die Studie mit Aspekten der Qualitätssicherung und -entwicklung auf den drei Ebenen Beratungsprozess, organisationale und gesellschaftliche Rahmenbedingungen (Schiersmann u.a. 2008).

Beide Studien konstatieren, dass es in Deutschland zwar zahlreiche Aktivitäten zur Qualitätsentwicklung und Professionalisierung in der Beratung gibt, z.B. die Orientierung an Leitlinien und eine zunehmende Zahl an Qualifizierungsangeboten, diese Bemühungen jedoch kaum in ein übergreifendes, kohärentes Konzept integriert sind.

Bildungspolitische Auswirkungen

Parallel zu diesen Studien sind die Aktivitäten seitens der Bundesministerien (BMBF, BMAS) zu nennen, die zwei wichtige Gremien initiierten, in denen Politiker, Wissenschaftler und Praktiker vertreten waren bzw. sind.

Im Innovationskreis Weiterbildung (IKWB) wurden wiederum Empfehlungen für die Weiterbildung und das Lernen im Lebenslauf erarbeitet. Einer seiner Arbeitskreise behandelte Fragen der Transparenz, der Qualität, der Professionalität und der Finanzierung von Bildungsberatung. Mit Bezug auf die EU-Ratsentschließung 2004 wird auch hier die explizite Aufforderung ausgesprochen, für Deutschland eine transparente, vernetzte und bereichsübergreifende Beratungsstruktur auf- bzw. auszubauen, die insbesondere eine Professionalisierung der Beratungsfachkräfte beinhaltet (BMBF 2008, S. 17 ff.). Die Empfehlungen des IKWB richten sich nicht nur an den Staat als Rahmengerber und die Verbände, Sozialpartner, Bildungsträger als Anbieter von Beratung, sondern auch an die Bürgerinnen und Bürger selbst, die für ihr individuelles Lernen im Lebenslauf selbst die Verantwortung übernehmen sollen (BMBF 2008, S. 7).

Das Nationale Forum Beratung e.V. (nfb) entstand vor dem Hinter-

Weiterführende Informationen:

Nationales Forum Beratung e.V. (nfb):
www.forum-beratung.de
Projekt Beratungsqualität in Bildung, Beruf und Beschäftigung: www.beratungsqualitaet.net
Programm Lernende Regionen – Förderung von Netzwerken: www.lernende-regionen.info
Programm Lernen vor Ort: www.lernen-vor-ort.info
BMBF: www.bmbf.de/de/lebenslangeslernen.php
Nationale Agentur Bildung für Europa beim Bundesinstitut für Berufsbildung: www.na-bibb.de
Euroguidance Network: www.euroguidance.net
European Lifelong Guidance Policy Network (ELGPN): elgpn.eu
European Center for the Development of Vocational Training (CEDEFOP): cedefop.europa.eu;
www.cedefop.europa.eu/EN/bibliographies/lifelong-guidance-bibliography.aspx
EU-Bildungspolitik: www.eu-bildungspolitik.de
Das Portal der Europäischen Union: europa.eu/index_de.htm, europa.eu/legislation_summaries/education_training_youth/index_de.htm

grund der internationalen Forderungen, Foren in den EU-Mitgliedstaaten einzurichten, um die länderspezifischen Bedingungen mit der EU-Politik abzustimmen und weiterzuentwickeln. Als gemeinnütziges, parteipolitisch unabhängiges Forum informiert es über aktuelle Entwicklungen, agiert als Ansprechpartner für Praktiker wie für politisch Verantwortliche und bündelt verschiedenste Professionalisierungsaktivitäten.

Praxisebene

Auf operativer Ebene gab und gibt es zahlreiche Aktivitäten zur Umsetzung der genannten Forderungen, zu nennen sind etwa die Förderprogramme „Lernen-Regionen – Förderung von Netzwerken“ sowie aktuell „Lernen vor Ort“. Im Folgenden wird exemplarisch das Projekt „Beratungsqualität in Bildung, Beruf und Beschäftigung“ vorgestellt, das zentrale Diskussionspunkte aufnimmt und eine Abstimmung zwischen Praxis, Forschung und Politik zum Ziel hat.

Das Projekt ist der bereits genannten Methode der Offenen Koordinierung verpflichtet. Vereinfacht bedeutet dies, dass Experten aus verschiedenen Bereichen und Trägerschaften (z.B. Schule, Beruf, Weiterbildung, Verbände, Kammern, Gewerkschaften etc.) in einem konsensorientierten Prozess eingebunden sind, um unterschiedlichste Positionen der Beteiligten abzustimmen. Ziele des offenen Koordinierungsprozesses sind

- die Erarbeitung von gemeinsam getragenen Qualitätsmerkmalen und darauf bezogener Standards,
- die Entwicklung eines Kompetenzprofils für Beratungsfachkräfte, das auch als Grundlage für die Gestaltung von Aus- und Fortbildungsangeboten dienen kann,
- die Erarbeitung eines flexiblen Qualitätsentwicklungsrahmens (QER) in Verbindung mit einem Set von praxisbezogenen Handreichungen zur Umsetzung von Qualitätsaktivitäten und
- die Erarbeitung von Strategieempfehlungen zur nachhaltigen Verankerung von Qualitätsaktivitäten in der Praxis.

Die Praxistauglichkeit und Akzeptanz der entwickelten Qualitätsmerkmale und des Qualitätsmodells werden durch eine heterogen zusammengesetzte Gruppe von Beratungsanbietern erprobt. Um der Vielfalt des Beratungsfeldes möglichst gerecht zu werden, findet die Erprobung u.a. in den Bereichen der Aus- und Weiterbildungsberatung, der schulbezogene Beratung, der Studienberatung und der Beschäftigungs- und Laufbahnberatung statt.

Zusätzlich begleitet ein Koordinierungsbeirat diesen Prozess, um eine Verständigung und Akzeptanz

der erarbeiteten Ergebnisse auf politischer Ebene zu bewirken.

Ausblick

Insbesondere der Aspekt der Nachhaltigkeit ist für den Ausbau und die Stärkung der lebensbegleitenden Beratung in Europa und in Deutschland von großer Wichtigkeit. In Zukunft wird es notwendig sein, Beratung in öffentlicher Trägerschaft langfristig weiterzuentwickeln. Problematisch ist, dass der privatisierte und unternehmensbasierte Beratungsdiskurs (Coaching, Human Resources) von der öffentlichen Entwicklung völlig losgelöst zu verlaufen scheint. Eine stärkere Verzahnung wäre zielführend für eine umfassende Qualitätsentwicklung.

Literaturverzeichnis

- BMBF (Hrsg.) (2007): Bestandsaufnahme in der Bildungs-, Berufs- und Beschäftigungsberatung und Entwicklung grundlegender Qualitätsstandards. Abschlussbericht. Berlin: Bundesministerium für Bildung und Forschung
- BMBF (Hrsg.) (2008): Empfehlungen des Innovationskreises Weiterbildung für eine Strategie zur Gestaltung des Lernens im Lebenslauf. Bonn, Berlin: W. Bertelsmann Verlag
- EU-Kommission (2000): Memorandum über Lebenslanges Lernen. Brüssel: Kommission der Europäischen Gemeinschaften
- EU-Rat (2004): Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten über den Ausbau der Politiken, Systeme und Praktiken auf dem Gebiet der lebensbegleitenden Beratung in Europa (9286/04 Educ 109 Soc 234). Brüssel: Rat der Europäischen Union
- EU-Rat (2008): Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten zu einer besseren Integration lebensumspannender Beratung in die Strategien für lebenslanges Lernen (2008/C 319/02). Brüssel: Rat der Europäischen Union
- Grotlüschen, Anke/Haberzeth, Erik/Krug, Peter (2009): Rechtliche Grundlagen der Weiterbildung. In: Rudolf Tippelt/Aiga von Hippel (Hrsg.): Handbuch Erwachsenenbildung/Weiterbildung. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften. S. 347–366
- OECD (2004a): Career Guidance and Public Policy. Bridging the Gap. OECD
- OECD (2004b): Berufsberatung: Ein Handbuch für politisch Verantwortliche. Paris: OECD
- Schiersmann, Christiane/Bachmann, Dirk/Dauner, Alexander/Weber, Peter (2008): Qualität und Professionalität in Bildungs- und Berufsberatung. Bielefeld: W. Bertelsmann Verlag
- Schober, Karen (2007): Berufsberatung im internationalen Kontext. In: Ursel Sickendiek/Frank Nestmann/ Frank Engel/Vera Bamler (Hrsg.): Beratung in Bildung, Beruf und Beschäftigung. Tübingen: Deutsche Gesellschaft für Verhaltenstherapie. S. 101–115
- Watts, Anthony/Sultana Ronald: Laufbahnberatung in 37 Ländern. Unterschiede und Gemeinsamkeiten. Malta: Cedefop